

## Konferenzprotokoll

des Landtages vom 1. September 1931.

Gegenwärtig: Alle Abgeordneten mit Ausnahme des Fritz Walser der etwas später zur Sitzung erscheint und des Karl Kaiser in Schellenberg.

Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer : Seger.

### Gegenstände zur Vorbesprechung.

- a) Ersatzwahl in den Staatsgerichtshof.
- b) Subventionsgesuch für die Scheidgrabenräumung.
- c) Subventionsgesuch der Gde. Schaan für die Rheinbrücke Schaan-Buchs.
- d) Orientierung in der Prozesssache des Landes gegen die Bank Sautier.
- e) Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.
- f) Notstandsprogramm für den Winter.
- g) Versicherung gegen Nichtbetriebsunfälle.
- h) Steuerherabsetzung.
- i.) Kauf eines Bauplatzes für das Postgebäude.

### Zu Punkt 1.) Ersatzwahl in den Staatsgerichtshof.

Ospelt gibt bekannt, dass man schliesslich auf Dr. Batliner in Feldkirch gekommen sei, und man diesen als stellvertr. Vorsitzenden wählen solle für die Ausschlussfälle.

Batliner meint man sollte davon absehen, weil er mit ihm verwandt sei und das angeknüpft würde.

Ospelt meint, die Gründe des Abg. Batliner um Umgangnahme von Medizinal-

rat Dr. Batliner seien nicht stichhältig.

Dr. Batliner ist einer der ruhigsten objektivsten Männer, die ich kenne.

Das Bedenken des Abg. Batliner ist nicht stichhältig für die Allgemeinheit.

hatte gerne gesehen, wenn man heute 3 Ersatzmänner wählen würde.

Man einigt sich sodann auf Dr. Batliner. Die anderen Ersatzmänner, die etwa zu wählen wären, seien nicht dringend.

Zu Punkt 2.) Subvention für die Scheidgrabenräumung.

Man einigt sich auf 50 %, soviel sei im Jahre 1916 auch gegeben worden. An die Subvention sei die Bedingung zu knüpfen, dass die Räumung einheitlich geführt werden müsse, es soll von der Strasse Schaan-Bendern aus begonnen und ausnivelliert werden.

Zu Punkt 3.) Subvention für die Rheinbrücke Schaan-Buchs.

Man ist mehrheitlich für 25000 Fr. an die Gde. Schaan. Im Uebrigen die gleichen Ausführungen wie im Protokolle über die öffentliche Landtagssitzung.

Rüsch F. bemerkt, Altreg. Chef Schädler habe in Buchs erklärt, es müsse jedem Verkehr gewachsene Brücke her, auf 100000 Fr komme es nicht an. Fritz Walsler kommt zur Sitzung.

Orientierung in der Prozesssache gegen die Bank Sautier.

Wir haben einen Prozess gehabt gegen die Bank. Diese ist vom Landgericht zur Zahlung von ca. einer halben Million verurteilt worden. Das Urteil ist aber nicht exequierbar gewesen im Ct. Luzern. Die Gegner haben gegen unsere <sup>Exekution</sup> Klage Widerspruch erhoben und es wäre der Prozess losgegangen. Eines Tages ist Schmidhauser gekommen und hat den Antrag gestellt, er möchte vergleichen. Ueber ihre Bank hänge immer diese Drohung, dass sie die 500000 Fr. zahlen müsse. In allen Auskünften rede man immer von der Belastung. Das sei ihr sehr nachteilig. Wenn die Bank verurteilt werde, zu zahlen, sei sie kaput. Es wurde

dann ein Vergleich ausgearbeitet das Ganze wurde ~~xxxxxxx~~  
im Landtag besprochen, aber von der Firma nie akzeptiert, ob-  
wohl wir ein paar mal gedrängt haben. Eines Tages aber hiess  
es, die Schalter seien geschlossen. Unser Anwalt aber hat  
sich immer noch bemüht und hat herausgefunden, dass bei der  
Anstalt die grösste Sauerei geherrscht hat, dass seit dem Jahre  
1918 immer Unterbilanz gewesen sei und seit dem Jahre 1926  
überhaupt kein Rechnungsabschluss gemacht worden sei.

Dr. Sautier sei im Loch gewesen, ebenso Schmidhauser. Die Aus-  
sichten sind denkbar schlecht. Es wird sodann ein Amtsvermerk  
der fürstlichen Regierung über deren Unterredung mit dem Ver-  
treter des Landes Dr. Karl Weder verlesen.

Reg. Chef.: Morgen liegen die Gerichtsakten zur öffentlichen Einsichtnah-  
me auf und wird dann Dr. Weder schriftlich mitteilen.

Wir werden das in den nächsten Landtag bringen. Es wird wohl  
nichts anderes übrig bleiben, als den Anwalt zu zahlen und  
vom Prozess abzustehen.

P. Büchel erwähnt, das Radio habe jüngst verkündet, die Anstalt habe  
eine Unterbilanz von über 4 Millionen und dass Albert Sautier  
sein Privatvermögen zur Verfügung gestellt habe zur günstigen  
Auswirkung des Konkurses.

Fr. Walser. Wenn es nur 5% wären, die wir bekämen.

Reg. Chef bemerkt, Dr. Blumenstein habe gemeint, die Forderung des Landes  
sei öffentlich-rechtlicher Natur, dann wäre sie in Luzern  
nicht exequierbar. Wir warten am besten den Bericht vom  
Dr. Weder ab.

#### Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Nach längerer Debatte einigt man sich, dass ~~xxxxxxx~~  
das Gesetz im Landtage verlesen werden soll, aber die Durch-  
führung der Volksabstimmung u. die Botschaft abhängig gemacht  
werden soll von der Alkoholsteuerabstimmung.

#### Notstandsprogramm für den Winter.

Reg. Chef bemerkt, dass man Richtlinien ~~xxxxxxx~~ für Notstandsarbeiten  
ausgearbeitet habe und das Ganze in Form eines Landtagsbe-

schlusses gemacht werden solle.

Entwurf  
Es wird sodann dieser bezügliche Beschluss verlesen, und beschlossen, die Beschlussfassung zu verschieben, bis das Resultat der Abstimmung über die Alkoholinitiative bekannt ist.

Es wird dann noch bemerkt, dass alle Arbeitsstellen jedem Landesbewohner frei stehen solle, also nicht nur, dem betreffenden in der Gemeinde wohnhaften Gemeindebürger.

Es wird noch die Sache wegen Postgebäude Vaduz behandelt und Reg. Chef erklärt es seien 3 Möglichkeiten da, ein Beschluss wurde nicht gefasst, Versicherung gegen Nichtbetriebsunfall.

Fritz Walser: Diese Nichtbetriebsunfallversicherung sollte als Wunsch von abzuhaltenden Arbeiterversammlungen beschlossen werden, sonst könnte sich hintennach ein grosser Teil nicht einverstanden erklären mit unserem Beschlusse. Es wird sodann beschlossen, sich mit der Arbeiterschaft diesbezüglich zu verständigen.

-- Es werden dann noch verschiedene Möglichkeiten über Steuerherabsetzungen als Gegengewicht gegen die Alkoholinitiative besprochen jedoch kein Beschluss gefasst.

Schluss der Konferenzsitzung 12 Uhr.

Fortsetzung nachmittags um 2 Uhr.

Reg. Chef / gibt bekannt dass nächsthin Verhandlungen in Bern über verschiedene wichtige Fragen stattfinden. Es wird beschlossen, dass Landtagspräsident Frommelt u. Rat Ospelt mit dem Reg. Chef zu gehen hätten, sowie Stuerkommissar Hasler.

Nach der öffentlichen Sitzung um 3/4 4Uhr wird noch gegen Stellung eines/öffentlichen Vertreters in der Disziplinaruntersuchungssache Peter Büchel geredet. Der Landtag findet diese Vertretung als nach dem Gesetze nicht notwendig. Sollte der Staatsgerichtshof eine solche Notwendigkeit feststellen, so beauftragt der Landtag die Fin-Kommission, den Vertreter zu bestellen.

Schluss 4 1/4 Uhr.

Gefertiget:

*Frommelt*  
*Rat*